

Flächendeckend Ein-Euro-Jobs gekippt

Widerstand zwingt Städtisches Seniorenzentrum in Recklinghausen zu Neueinstellungen

In der Stadt Recklinghausen sind Ein-Euro-Jobs auf den Prüfstand geraten. Durch massenhaften Einsatz von Ein-Euro-Jobs in dem städtischen Seniorenzentrum Grullbad waren sie Stadtgespräch geworden. Der Aufsichtsrat des Seniorenzentrums hatte in trauriger Eintracht mit dem Bürgermeister Wolfgang Pantförder versucht, einen gegenüber den Einsätzen von Ein-Euro-Jobs kritischen Betriebsratsvorsitzenden zu feuern.

Im Laufe dieses Skandals wurde nicht nur die Solidarität mit dem Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn entwickelt. Rolf

durch Ein-Euro-Jobs vor. So standen auch bei der DGB-Demonstration in Recklinghausen die Ein-Euro-Jobs und die Solidarität mit dem bedrohten Betriebsratsvorsitzenden im Mittelpunkt, nachdem es bereits beim Ersten-Mai-Empfang des DGB zu Auseinandersetzungen zwischen dem DGB-Vorsitzenden und dem Bürgermeister gekommen war.

Eine Prüfung der Zustände wurde erreicht, ein Bericht der Kontrollbehörde – der den Kritikern wohl Recht gibt – wird bis heute gedeckelt. Eine Strafanzeige ei-

die Geschäftsführung des Seniorenzentrums den Einsatz von Ein-Euro-Jobs. Mittlerweile sind dort die ersten Neueinstellungen regulär Beschäftigter erfolgt. Auch das beweist, dass durch den Einsatz von Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze verdrängt, beziehungsweise deren Schaffung verhindert wurde.

Die öffentliche Kritik des Einsatzes von Ein-Euro-Jobs hat nun dazu geführt, dass im Stadtgebiet von Recklinghausen ab sofort sämtliche Ein-Euro-Jobs in den Kindertagesstätten ebenfalls beendet worden sind. Vertreter von DGB, IHK, Vestischer Arbeit (der ARGE in Recklinghausen) und der Gleichstellungsaufträge gelangten ebenfalls zu der Auffassung, dass durch diese Maßnahmen in den Kindertagesstätten reguläre Jobs verdrängt würden. Diese Erkenntnis deckt sich völlig mit dem Gutachten, welches das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit im Februar dieses Jahres vorlegte (*die UZ berichtete*). Der Einsatz von Ein-Euro-Jobs in den „offenen Ganztagsgrundschulen“ wird ebenfalls überprüft. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass dieser Einsatz nicht zusätzlich ist, wie es das Gesetz zwingend vorschreibt. Die Recklinghäuser Kritiker der Ein-Euro-Jobs haben darüber hinaus noch andere Einsätze im Visier: So wäre da der Städtische Entsorgungsbetrieb ESR zu nennen. Es häufen sich die Hinweise, dass dort ebenfalls Hartz-IV-Empfänger als Jobkiller missbraucht werden.

Gerade in den Zeiten, in denen die vollen Kassen der Bundesanstalt für Arbeit verkündet werden, gilt es dieses Geld zu nutzen, damit wieder sinnvolle berufliche Weiterbildung für Erwerbslose finanziert werden kann, ohne natürlich die Betriebe aus der notwendigen Aus- und Weiterbildungspflicht zu nehmen. Dieses Beispiel zeigt aber vor allem, dass breiter Widerstand gegen den Einsatz von Ein-Euro-Jobs erfolgreich sein kann. Doch das notwendige Ziel muss die generelle Abschaffung von Ein-Euro-Jobs und der Hartz-IV-Gesetze sein.

Werner Sarbok



Kohn ist nach einer erfolgreichen Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht wieder in Amt und Würden. Seit fast einem Jahr thematisierte immer wieder die „Solidaritätsinitiative für Rolf Kohn“, zahlreiche Gewerkschafter sowie linke Abgeordnete in den Lokalparlamenten den Einsatz der Ein-Euro-Kräfte. Im Recklinghäuser Stadtrat gab es Nachfragen und Anträge des Bürgerbündnisses „BASTA!“. Der Kreistagsabgeordnete Detlev-Beyer Peters fragte auch im Kreistag penetrant nach dem Einsatz der Ein-Euro-Kräfte. Gleichzeitig gingen sie immer wieder mit Aktionen gegen die Verdrängung regulärer Beschäftigter

nes Recklinghäuser Stadtrats brachte schließlich die Staatsanwaltschaft auf den Plan: Bei einer Hausdurchsuchung im Städtischen Seniorenheim beschlagnahmten die Beamten umfangreiches Aktenmaterial. Die Kriminalpolizei stellte später noch einmal Dienstpläne sicher, die den Einsatz von Ein-Euro-Kräften dokumentierten. Die Ergebnisse stehen noch aus, jedoch die darauf folgenden ersten Maßnahmen der Geschäftsführung des Seniorenzentrums zeigen, dass die Kritik an dem Einsatz der Ein-Euro-Kräfte berechtigt war. Unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion und der polizeilichen Maßnahmen beendete

Betriebsrat siegt vor Gericht

Landesarbeitsgericht Hamm sieht keine Gründe für Kündigung

Recklinghausen. Die „Seniorenzentrum Grullbad GmbH“ aus Recklinghausen darf ihren Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn nicht kündigen.

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Hamm hat unlängst eine Beschwerde der GmbH gegen ein Urteil des Arbeitsgerichts Herne zurückgewiesen. Das Herne Gericht hatte die fehlende Zustimmung des Betriebsrates zu einer fristlosen Kündigung Kohns nicht, wie vom Seniorenzentrum Grullbad gefordert, ersetzt.

Die Betreiber des Seniorenzentrums werfen Kohn Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung der Barkasse vor. Ob dies für eine fristlose Kündigung ausreichend sei, stellten die Arbeitsrichter in Herne und nun auch die Landesarbeitsrichter in Frage.

Der „Fall Kohn“ sorgt in Recklinghausen seit Monaten für öffentlichen Wirbel. So erfährt der Betriebsratsvorsitzende u. a. Rückhalt durch die

Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ (vgl. *Altenpflege* 11/06).

f **Noch Fragen?** Bitte wenden Sie sich an: Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“, c/o Detlev Beyer-Peters, Victoriast. 182d, 45772 Marl, Tel.: 01 73 - 9 92 00 86, E-Mail: admin@recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de, Internet: www.recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de

vern

Altenpflege -

Zeitschrift für Fachkräfte
in der Altenpflege

August 2007
32. Jahrgang

Rubrik: Nachrichten
Seite 8

WDR III, Lokalzeit Dortmund

9. November 2006, 19:30 Uhr

Moderator:

...an die Kündigung schickte. Die Gewerkschaft sagt dazu: „Hier geht es nicht um das angebliche Fehlverhalten des Koches, sondern darum, dass das städtische Seniorenheim durch den Einsatz von Billigkräften sich sanieren möchte. Der Koch sei dem Altenheim wohl zu teuer gewesen. Heute war Termin vor dem Arbeitsgericht in Herne.

Peter Lautsch:

Der Koch und Betriebsrat Frank Kruczynski klagt auf Wiedereinstellung. Sein Arbeitgeber, das städtische Seniorenzentrum in Recklinghausen hat ihm gekündigt. Er soll den Betriebsratsvorsitzenden mit Gratisfrühstück versorgt haben.

Frank Kruczynski, Koch und Betriebsrat:

Wir haben genau so gehandelt, wie es hausüblich war und den besonderen Fall mit dem Betriebsrat haben wir so gehandelt, wie es mit der Hausleitung abgesprochen war.

Rolf Kohn, BR-Vorsitzender Seniorenheim Grullbad:

Ich habe mein Frühstück immer über die Gehaltsabrechnung bezahlt. Die anderen Kollegen auch. Ein anderer Teil des Betriebsrates hat auch bar bezahlt.

Peter Lautsch:

Alles vorgeschoben sagt die Gewerkschaft. Der eigentliche Grund für die Kündigung: Koch und Betriebsrat Kruczynski sei ein unbequemer Mitarbeiter. Er habe den Einsatz von Billigjobbern im Altenheim kritisiert. Jeder vierte Beschäftigte ist hier eine 1-Euro-Kraft.

Thorsten Waschulewski, ver.di-Recklinghausen:

Die Betriebsräte haben deutlich gemacht, dass es dort im Seniorenzentrum in Grullbad Beschäftigungen gibt, die eigentlich durch reguläre Arbeitskräfte erledigt werden müssen. Die werden jetzt aber durch 1-Euro-Kräfte erledigt. Dadurch spart man eine Menge Geld, erledigt die Arbeit aber trotzdem.

Peter Lautsch:

Eigentlich sollen die 1-Euro-Kräfte das fest angestellte Personal nur etwas unterstützen und den Senioren das Leben im Alltag etwas erleichtern durch Begleitung bei Spaziergängen oder Hilfe beim Einkauf. Die Stadt hat hier (im Seniorenzentrum Grullbad der Stadt Recklinghausen – d. Verf.) Drehverbot erteilt, aber zu Hause und anonym schildern uns 1-Euro-Kräfte ihren Einsatz im

Seniorenzentrum.

1-Euro-Kraft (männliche Stimme nachgesprochen):

Meine Haupttätigkeit war dort die Stationsküche, also Butterbrote schmieren für die alten Leute, Essensausgabe, Abendbrot, je nach Schichtdienst den man hatte. Anschließend war auch eventuell Mithelfen in der Pflege beim Lagern, Toilettengänge bei alten Leuten mithelfen und wenn die Pampers voll waren, dann haben wir gelegentlich auch die Pampers gewechselt.

1-Euro-Kraft (weibliche Stimme nachgesprochen):

Den Leuten zu helfen vom Zimmer zum Tisch zu gehen, sie an den Tisch zu bringen, mit oder ohne Rollstuhl den Stuhl zu schieben, manchmal auch heben, ja selbst Tabletten verteilen.

1-Euro-Kraft (männliche Stimme nachgesprochen):

Ohne uns, sag' ich, hätten die das nicht geschafft. Man hat Mangel an Personal. Dann hätte das nicht geklappt, wenn die 1-Euro-Jobber nicht da gewesen wären.

Peter Lautsch:

Die Stadt als Träger des Altenheimes verteidigt den massiven Einsatz der 1-Euro-Jobber.

Georg Möllers, Sozialdezernent Stadt Recklinghausen:

Der Sozialausschuss hat die Verwaltung ausdrücklich beauftragt, so viel 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten als Stadt zu schaffen, wie wir es können, weil in dieser Region Langzeitarbeitslosen nichts anderes zu bieten ist, als eine solche Chance.

Peter Lautsch:

Die Bundesagentur in Nürnberg prüft jetzt, ob sich das städtische Seniorenzentrum durch den Einsatz der Billigarbeitskräfte unrechtmäßig bereichert. Koch und Betriebsrat Frank Kruczynski bekam heute vor dem Arbeitsgericht übrigens Recht. Er muss mit sofortiger Wirkung wieder eingestellt werden.

11
November 2006

31. Jahrgang

Altenpflege

Magazin für Fachkräfte in der Altenpflege

www.vincentz.net



Solidarität mit gekündigtem Betriebsrat

In Recklinghausen gründet sich Unterstützerkreis für Mitarbeiter eines Seniorenzentrums

Recklinghausen. In Recklinghausen haben 25 Bürger die „Solidaritätsinitiative Recklinghausen für Rolf Kohn“ ins Leben gerufen. Die Aktion, die gegen die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden des städtischen Seniorenzentrums Grullbad mobil macht, findet u. a. die Unterstützung des Bezirks Emischer-Lippe-Nord der Vereinten Dienstleistungsgewerk-

schaft (verdi) und des Pflegekritikers und Buchautors Markus Breitscheidel („Abgezockt und totgepflegt“).

Kohn hatte sich, was die Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern im Seniorenzentrum betrifft, immer wieder mit lauter Kritik zu Wort gemeldet. Kurz darauf wurde ihm unter dem Vorwurf der Vorteilsnahme gekündigt. Der Betroffene verwehrt sich ge-

gen derartige Anschuldigungen. Die Initiative glaubt, dass Kohn auf diese Weise mundtot gemacht werden soll.

■ Noch Fragen? Bitte wenden Sie sich an: „Solidaritätsinitiative Recklinghausen für Rolf Kohn“, Detlev Beyer-Peters, Victoriastr. 182 d, 45772 Marl, Tel.: 0 23 65 - 69 22 28, E-Mail: detlev.beyer-peters@t-online.de, Internet: www.recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de

19_Oktober 2006

ver.di - publik, Beilage

MELDUNGEN

Ein-Euro-Jobber: Betriebsrat soll schweigen

Der Bürgermeister will den Betriebsrat des städtischen Seniorenheims in Recklinghausen verklagen, wenn dieser weiterhin behauptet, dass durch den Einsatz der rund 40 1-Euro-Kräfte reguläre Stellen verdrängt würden.

Diese Äußerungen haben dazu geführt, dass nun auch der AWO-Betriebsrat des Seniorenzentrums an die Öffentlichkeit geht. »Hier soll ein engagierter Betriebsrat mundtot gemacht werden!«, so lautet es in einem öffentlichen Brief zur Solidarität mit dem Betriebsrat des Seniorenzentrums Grullbad.

Im Zusammenhang mit der Ausgründung der Küche wehren sich die Beschäftigten gegen Lohndrückerei und drohenden Arbeitsplatzverlust. Derselbe Geschäftsführer, der für den Einsatz der 1-Euro-Kräfte zuständig ist, bedient sich als Geschäftsführer des Seniorenzentrums dieser Euro-Jobber. Derzeit prüft ver.di Klagen gegen die Betreibergesellschaft des Seniorenzentrums – eine 100-prozentige Tochter der Stadt. Die Chancen stehen gut, dass einige 1-Euro-Jobber eine feste Stelle durchsetzen können.

Vielfältiger Widerstand in Recklinghausen

Im städtischen Seniorenheim ist fast jede dritte Stelle eine Ein-Euro-Kraft
(Unsere Zeit 08.09.06)

Der Einsatz von 1-Euro-Kräften im städtischen Seniorenzentrum Grullbad in Recklinghausen sprengt jede vergleichbare Dimension. Während beispielsweise im AWO-Seniorenzentrum Wildermannstraße lediglich eine einzige Arbeitsgelegenheit ausgerichtet ist, sind es im Seniorenzentrum Grullbad mit dem Einsatz von ca. 40 Kräften bald ein Verhältnis von 40 Prozent zur Stammebelegschaft.

Interessanterweise ist der Geschäftsführer der Vestischen Arbeit Recklinghausen, Ulrich Lammers, gleichfalls Geschäftsführer der städtischen Seniorenzentrum Grullbad gGmbH. Diese Konstellation wird nicht nur von Verdi als fragwürdig eingeschätzt.

Stellenabbau

Wiederholt wiesen Rolf Kohn, Personalrat des Seniorenzentrums, sowie der zuständige ver.di-Sekretär Thorsten Waschulewski auf massiven Stellenabbau regulärer Arbeitsverhältnisse hin. Die Einschätzung der Gewerkschaft: „Hier versucht ein kommunales Unternehmen, sich durch den Einsatz von Ein-Euro-Jobs wirtschaftlich zu sanieren.“ Der Recklinghäuser Bürgermeister Wolfgang Pantförder gibt sich empört, jedoch nicht über die von den Gewerkschaftern gesehene rechtswidrige Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Für den Wiederholungsfall dieser Anschuldigung droht er mit einstweiliger Verfügung und Schadenersatzklage.

DKP übt Solidarität

In einem Solidaritätsschreiben an den Personalrat erklärte die Recklinghäuser Kreisorganisation der DKP: „Wir lehnen kategorisch die Vernichtung regulärer Arbeitsverhältnisse durch Ein-Euro-Jobs, Ausgründungen von Betriebsteilen in die Privatwirtschaft zu Lasten der Beschäftigten und die Einschüchterungsversuche des Recklinghäuser Bürgermeisters Pantförder gegen Euren Betriebsrat ab. Ihr sollt eine Politik ausbaden, deren Ziel es ist, die Kosten für die Betreuung pflegebedürftiger Menschen in Seniorenzentren auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Politik ist menschenverachtend, weil sie Profitdenken über das Wohl der Senioren wie der Beschäftigten stellt.“

Bereits im am 6. Juli hatte die DKP-Kreisorganisation Recklinghausen eine Beschwerde an die Trägerversammlung der Vestischen Arbeit gegen den Geschäftsführer der Vestischen Arbeit, Herrn Ulrich Lammers, wegen des Verdachts auf Verstoß gegen § 16 Abs. 3 Satz 2 STGB II sowie des Verdachts des Amtsmissbrauches gerichtet. In diesem Schreiben vertritt die DKP-Kreisorganisation Recklinghausen ihre Auffassung, dass „Sie als maßgeblich Verantwortliche in der Trägerversammlung in der Pflicht stehen zu prüfen, in welchem Maße Herr Lammers in seiner Doppelfunktion als Geschäftsführer des Seniorenzentrums und der Vestischen Arbeit Rechtsbruch begangen und dadurch ggf. sich oder der Seniorenzentrum Grullbad GmbH Vorteile verschafft hat.“

Initiativen in Kommunalparlamenten

Auch auf parlamentarischer Ebene entwickelt sich vielfältiger Widerstand. Für die Sitzung des Kreistags am 11. September hat die Gruppe der Offenen Liste der Linken.PDS folgenden Antrag auf die Tagesordnung gebracht:

„Der Kreistag möge beschließen: Die Vertreter des Kreistages in der Trägerversammlung der Vestischen Arbeit werden beauftragt, in diesem Gremium die Überprüfung des Einsatzes von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Zusatz-Jobs) in den Alten- und Pflegeheimen zu beantragen. Ziele der Überprüfung sollen sein:

1. Feststellung der Zahl der genehmigten Plätze für Zusatz-Jobs in Alten- und Pflegeheimen im Kreis Recklinghausen
2. Feststellung der von den Alten- und Pflegeheimen aufgestellten Tätigkeitsbeschreibungen für die Zusatz-Jobs
3. Überprüfung der Erfüllung der Voraussetzung der Zusätzlichkeit gemäß §16 Abs. 3 SGB II i.V.m. den Vereinbarungen bzw. Verpflichtungserklärungen der beteiligten Institutionen
4. Beschlussempfehlungen für den Einsatz von Arbeitsgelegenheiten in den Alten- und Pflegeheimen"

Das im Rat vertretene Recklinghäuser Wahlbündnis BASTA! fordert aktuell in einem Antrag den Rat der Stadt Recklinghausen auf, die sofortige Absetzung von Herrn Ulrich Lammers als Geschäftsführer des Seniorenzentrums Grullbad und Ausschreibung der Stelle für einen geeigneten Geschäftsführer zu beschließen.

Werner Sarbok

Solidarität mit bedrohtem Betriebsratsvorsitzenden

(Unsere Zeit 15.09.06)

Die Seniorenzentrum Grullbad gGmbH beabsichtigt, den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn, ein weiteres Betriebsratsmitglied und einen Beschäftigten zu kündigen. Aus diesem Anlass hat sich in Recklinghausen die Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ gegründet.

Rolf Kohn ist Vorsitzender des dortigen Betriebsrates. Aufgrund der Ausgründung des Küchenbereiches im kommunalen Seniorenzentrum Grullbad und von ver.di als rechtswidrig eingeschätzter Beschäftigung von 40 Zusatz-Beschäftigten (sog. 1-Euro-Jobs) im hauswirtschaftlichen Servicebereich waren der Betriebsrat und Rolf Kohn als dessen Vorsitzender gefordert, die Interessen der betroffenen Beschäftigten in diesem Alten- und Pflegeheim zu vertreten. (Die UZ berichtete in ihrer letzten Ausgabe).

Bürgermeister Pantförder drohte öffentlich dem Betriebsrat mit einer einstweiligen Verfügung und Schadenersatzklage. Dieses war ein deutliches Zeichen einer überzogenen und harten Linie gegen den Betriebsrat. Sollte die Stadt Recklinghausen im Bunde mit der Seniorenzentrum Grullbad gGmbH mit dieser Kündigung durchkommen, wäre dies für alle Betriebsräte insbesondere in den Alten und Pflegeheimen ein fatales Signal. Ein Signal, dass all denen schadet, die mit Mut und Zuversicht ihren gesetzlichen Interessensvertretungsauftrag ernst nehmen. Die Initiative informiert im Internet mit der Homepage www.Recklinghausen-fuer-Rolf-Kohn.de.

Rausschmiß von Betriebsrat nicht rechtens

(Junge Welt, 1.12.06)

Arbeitsgericht weist Kündigung von Interessenvertreter in Recklinghausen zurück.

**Betroffener hatte Einsatz von Ein-Euro-Jobbern in Seniorenheim kritisiert
Von Werner Sarbok**

Eine Schlappe mußte die Geschäftsführung des Städtischen Seniorenzentrums Grullbad in Recklinghausen am Mittwoch nachmittag vor dem Herner Arbeitsgericht hinnehmen: Die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn war nicht rechtmäßig. Ihm war Vorteilsnahme durch fehlerhafte Abrechnung von Essensmarken vorgeworfen worden.

Die Gewerkschaft ver.di und die Solidaritätsinitiative »Recklinghausen für Rolf Kohn« hatten in dieser Begründung stets einen Vorwand der Geschäftsführung gesehen, um den unbequemen Betriebsrat loszuwerden. Kohn hatte sich massiv gegen die Ausgründung der Küche gewehrt und Position gegen den Einsatz von sogenannten Ein-Euro-Jobbern in dem Städtischen Seniorenzentrum bezogen. Auf die etwa 100 regulär Beschäftigten in der Einrichtung kommen 40 Ein-Euro-Jobber. Besondere Brisanz erhält die Situation dadurch, daß der Geschäftsführer des Seniorenzentrums, Ulrich Lammers, auch Leiter der »Vestischen Arbeit«, der ehemaligen Arbeitsgemeinschaft zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II (ARGE), ist. Das Gericht wies nun nach, daß sich Kohn durch die Vergabe der Essensmarken nicht bereichert hat und daß der Arbeitgeber nicht geschädigt wurde. Damit ist die Auseinandersetzung aber nicht beendet. Die Geschäftsführung hat eine Widerspruchsfrist gegen einen Vergleichsvorschlag bekommen, der vorsieht, daß die Kündigung zurückgezogen und Kohn stattdessen eine Abmahnung zugestellt wird. Der Solidaritätskreis hält deshalb an einer für Sonnabend angekündigten Demonstration fest und fordert die Geschäftsleitung auf, keinen Widerspruch einzulegen. »Wir wollen das Ende der Auseinandersetzung um Rolf Kohn«, erklärte Detlev Beyer-Peters, Sprecher der Solidaritätsinitiative, am Donnerstag gegenüber junge Welt. Dann will sich die Initiative vor allem der Solidarität mit den Ein-Euro-Jobbern widmen und den Kampf um reguläre Beschäftigungsverhältnisse aufnehmen.